

marburger echo

Zeitung der DKP Marburg



Ausgabe 1/2026 Deutsche Kommunistische Partei

Marburger Linke mit Leidenschaft und Kompetenz

Bündnisliste tritt bei den Kommunalwahlen am 15. März mit 42 Kandidat*innen an

Seit knapp 30 Jahren sind wir die Marburger Linke die soziale Stimme in der Marburger Stadtverordnetenversammlung.

Unter unserem Motto: „Rot, frech & konsequent“, gilt für uns auch in Zukunft jenen eine Stimme zu geben, die nur selten Gehör finden. Insbesondere wollen wir gegen die wachsende Kinderarmut wirksam vorgehen, Familien ausreichende und verlässliche Kinderbetreuung bieten, Menschen mit Behinderung volle Teilhabe ermöglichen sowie den Rentnerinnen und Rentnern ein Leben in Würde ermöglichen.

Unsere Bündnisliste umfasst 42 engagierte Menschen mit unterschiedlichen sozialen und kulturellen Erfahrungen, die gemeinsam mit Herz und Verstand für ein soziales Marburg kämpfen.

Fraktionsvorsitzende der derzeit fünfköpfige Fraktion Marburger Linke & Piraten ist die seit nunmehr fast 20 Jahren kommunalpolitisch aktive Tanja Bauder-Wöhr. Im Marburger Stadtparlament kämpft sie gemeinsam mit den weiteren aktuellen Fraktionsmitgliedern Dr. Michael Weber, Anja Meier-Lercher, Inge Sturm und Roland Böhm

für den Erhalt der sozialen Infrastruktur der Stadt.

Auch in Zukunft wollen wir gemeinsam zentrale Forderungen des Bündnisses einbringen. Hierzu gehört u.a. die Stärkung des genossenschaftlichen, sozialen und geförderten Wohnungsbaus gegenüber „Spekulationswohnungen“, wo sich Wenige die Taschen auf unserer aller Kosten füllen und die Untertunnelung der „stinkenden und lärmenden Stadtautobahn“, um „Platz fürs Wohnen am Fluss“ zu gewinnen. Denn uns geht es um eine soziale Wohnungs- und Mietenpolitik, die für alle dauerhaft bezahlbaren und leistbaren Wohnraum in den Mittelpunkt stellt. Mit Jana Al-Bkeer, langjährige Gesamtelternbeiratsvorsitzende, haben wir eine entschlossene Frau gewonnen, die sich konsequent vor allem auch im „Bündnis für ein soziales Marburg“ engagiert hat. Ihr Kompass ist dabei immer: Echte Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit für alle Menschen, Kinder und Familien. Wir wollen endlich wirksame Maßnahmen gegen Armut, die es auch in Marburg gibt.

Ebenfalls mit reichlich kommunalpolitischer Erfahrung ausgestattet ist Inge Sturm,

die als bekannte Marburger Stadtführerin über viel Wissen um Marburgs Schätze verfügt und sich für gemeinwohlorientierte Bodenpolitik stark macht.

In Zeiten zunehmenden Rechtsrucks, Rassismus und kriegsorientierter Hetze ist der internationale Zusammenhalt nötiger denn je. Deshalb sind wir hoch erfreut mit Lyana Allan eine junge Frau gebürtig aus Palästina/Westbank in unseren Reihen zu wissen, der besonders eine solidarische, internationale Gemeinschaft am Herzen liegt, die für alle faire Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt gewährleistet. Denn der Zugang zu Jobs und bezahlbarem Wohnraum darf nicht von Sprache oder Herkunft abhängen.

Mit Dr. Matin Baraki haben wir einen Mitstreiter gewonnen, der sich über Jahre im Ausländerbeirat für ein solidarisches und weltoffenes Marburg eingesetzt hat. Er macht sich nun für ein interkulturelles Zentrum als Begegnungsstätte stark, so dass man gemeinsam mit den 146 unterschiedlichen Nationen, die hier in Marburg leben, kulturelle Vielfalt erfahren kann.

Komplettiert wird dieses uns wichtige Feld durch Laurin Schulte, der neben seinem Studium bereits als Geschäftsführer in einem gemeinnützigen Unternehmen sich für die Rechte Geflüchteter einsetzt. Eine soziale, friedliche Stadtgesellschaft ist für ihn selbstverständlich, weshalb er aktuell die Beratung für Kriegsdienstverweigerer vorantreibt.

Das unsere Vorhaben nicht einfach umzusetzen sind ist uns aufgrund der bundespolitischen Rahmenbedingungen bewusst. Jeder Euro, der für Aufrüstung und Krieg investiert wird, fehlt für Soziales, Gesundheit oder Bildung. Hinzu kommt für Marburg. Es bewahrheitet sich einmal mehr, wer Millionen Geschenke an Großunternehmen verschenkt (so geschehen durch die Gewebesteuerabsenkung), handelt unverantwortlich.

Tanja Bauder-Wöhr



Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ mit Wahlprüfsteinen zur Kommunalwahl

Das Marburger Bündnis „Nein zum Krieg“ hat an alle bei der Kommunalwahl in Marburg am 15. März antretenden Parteien/Wahlbündnissen einen Forderungskatalog gesandt, der aufzeigt, nach welchen Kriterien das Bündnis, seine Wahlempfehlung zur Kommunalwahl ausspricht.

Da wir als DKP und Partei für den Frieden uns diesem Forderungskatalog in vollem Umfang anschließen können, eine kurze Zusammenfassung der Forderungen:

1) Förderung der Friedensbildung. Anknüpfend an die „Marburger Erklärung gegen Gewalt“ von 2013 sollen Beratungs-, Vernetzungs- und Kontaktstellen zur Gewaltprävention für Kinder-, Jugendliche Schüler und auch für Bildungseinrichtungen geschaffen und bereitgestellt werden.

2) Einrichtung eines Beratungsangebotes für Kriegsdienstverweigerung. Aufgrund der ab 1.1.2026 eingeführ-

ten Zwangsbefragung aller jungen Männer ab dem Jahrgang 2008 zur Bereitschaft zu einem bislang noch freiwilligen, Wehr-bzw. Kriegsdienst, soll den jungen Männern zumindest eine Alternative zu der Heranziehung zu einem solchen Dienst aufgezeigt werden.

3) Weniger bzw. Keine militärischen Übungen in und um Marburg. Zur Zeit finden verstärkt Übungen der Division Schnelle Kräfte (DSK) In und um Marburg herum statt.

Sie sind nach ihrem Selbstverständnis „einsatzbereit- jederzeit- welt-

weit“ geplant und dienen damit offenkundig der Landesverteidigung im nur noch allerweitesten Sinn.

4) Keine Reaktivierung von Militärstandorten. Die militärischen Standorte in Stadtallendorf und Münchhausen-Oberaspehe sollen nicht durch die Aufstockung zur Stationierung weiterer Soldaten ausgebaut werden, sondern die Nutzung der baulichen Gegebenheiten soll für den Ausbau ziviler Wohnungen genutzt werden.

5) Unterstützung von Initiativen, die Menschen helfen, die aufgrund kriegsorientierter Auseinandersetzungen nach Marburg geflohen sind.

Vor dem Hintergrund, dass Milliarden von Euro für die Aufrüstung ausgegeben werden, unsere Gesellschaft kriegstüchtig gemacht werden soll, ist es uns als DKP wichtig darauf hinzuweisen, welche Folgen Kriege haben:

Dass sie den Tod unzähliger Men-



Im Übrigen...

Zum Jahresrückblick in der lokalen Presse, der OP

Im Rückblick auf das Jahr 2025, der Zusammenfassung wichtiger lokaler Ereignisse, wird der Weggang von General Faust zur NATO und die Ernennung eines neuen Generalmajors für die Division „Schnelle Eingreifskräfte“ in Stadtallendorf aufgeführt. Eine Erwähnung des Osterspaziergangs am 21.4.2025, organisiert vom Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“, die Ausstellung „Mahnung nach 80 Jahren Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki“ im Erwin-Piscator-Haus im Juli und August 25, findet nicht statt. Ebenso unerwähnt bleibt in der Rückschau der 1. September 2025 des neunten Marburger Friedensforums an der lutherischen Pfarrkirche mit Professor Doktor Christian Butterwege. Das Bemühen um ein Interview mit Professor Butterwege bei der OP war, trotz zahlreicher Anfragen vom Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“ und von Professor Butterwege selbst, erfolglos.

Nicht erwähnenswert erschienen ebenfalls die zahlreichen Demonstrationen zur Solidarität mit den Palästinensern und gegen die von Israel begangenen Kriegsgräueltaten im Gazastreifen und Westjordanland.

Die Demonstration der Schüler gegen die Einführung der Wehrpflicht, wobei sich ein überwiegender Teil der aktuellen Marburger Schüler im Alter von 16-18 Jahren gegen die Einführung der Wehrpflicht aussprach, fand ebenfalls keinerlei Erwähnung in der Rückschau.

Daraus ergibt sich für die Berichterstattung in der OP der Eindruck, als wenn doch einseitig die Forderung des Verteidigungsministers Boris Pistorius nach „Kriegstüchtigkeit“ von Deutschland unterstützt wird, als dem ebenfalls öffentlich bekundeten Interesse eines großen Teils der Marburger Bevölkerung nach „Friedenstüchtigkeit“.

Die Berichte der OP am 12. Januar 2026 über die Bedeutung von Bildungsprojekten und Projekten von Nothilfe oder Katastrophenhilfe, die von Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises Marburg-Biedenkopf unterstützt und durch Spenden für diese Projekte gefördert werden und sicherlich dem Frieden dienen, heben den grundsätzlichen Eindruck nicht auf, dass schwerpunktmäßig über Aufrüstung und Militarisierung der deutschen Gesellschaft der Frieden gesichert werden soll, und nicht über einen finanziell gleichgewichtig geförderten Schwerpunkt durch diplomatische Friedensbemühungen.

Wir als DKP fordern daher:

Keine nur einseitige Berichterstattung zur Förderung der „Kriegstüchtigkeit“ zur Sicherung des Friedens. Wir fordern auch eine Berichterstattung über die lokalen Initiativen zur Erlangung der „Friedenstüchtigkeit“. Wir müssen die Kriege, die zur Zeit in der ganzen Welt stattfinden, versuchen, durch verstärkte Fokussierung auf deren Beendigung durch Verhandlungen und diplomatische Bemühungen, zumindest in Richtung auf Frieden hin, zu beenden.

Nach der Erfahrung, dass von Deutschland zwei Weltkriege ausgegangen sind, müssen wir verhindern, dass durch maßlose Aufrüstung der Bundeswehr und Militarisierung unserer Gesellschaft im Interesse und mit maßgeblicher Unterstützung deutschen Kapitals, wie schon in den beiden vorangegangenen Weltkriegen, wieder die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschworen wird.





Marburger Linke in Aktion

Doppel-Erfolg bei bezahlbarem Wohnraum

Unsere wichtige Intervention, endlich das Auszubildendenwohnheim zu bezahlbaren Preisen zu errichten, wurde am 26.09.2025 einstimmig durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Was ein Erfolg für die zukünftigen Bewohner*innen bedeutet. Denn erschwinglicher Wohnraum ist leider immer noch viel zu knapp in Marburg. Der Neubau für Auszubildende in Cappel muss jetzt zügig umgesetzt werden, denn viel zu lange hat sich das UKGM gedrückt, vor ihrer Verantwortung, ausreichend Plätze für Auszubildende bereitzustellen, jüngst im Schwesternwohnheim in der Wilhelm-Röpke-Str. (längst hoher Sanierungsbedarf) noch die Miete um 100% erhöht, eigentlich unglaublich! Eine klassische Win-Win-Situation, die alle von einem zügig fertiggestellten Auszubildendenwohnheim haben. Es dient auch als Anreiz für junge Menschen, die sich für eine Berufsausbildung in einem gesellschaftlich hoch relevanten und verantwortungsvollen Beruf wie der Gesundheitsversorgung entscheiden, ohne dass der ohnehin viel zu geringe Verdienst nur für die Miete draufgeht, sondern auch etwas fürs normale Leben übrig bleibt. Zudem profitieren wir Marburger*innen alle davon, wenn gut ausgebildete Fachkräfte sich um uns kümmern. Jetzt gilt es also, alle im Gleichschritt den Grundstein fürs Auszubildendenwohnheim zu legen, den Bau so schnell als möglich abzuschließen. Zusätzlich ist es unserer Fraktion gelungen, rund um das Temmler- und Südbahnhofquartier nicht nur den privaten Wohnungsneubau, sondern vor allem den geförderten Wohnungsbau zu forcieren. Die eigene städtische Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau soll hier geförderten Wohnraum schaffen. Unter öffentlicher Regie sollen soziale und ökologische Ziele der anstehenden Quartiersentwicklung einfließen und in die bereits laufende Bauleitplanung integriert werden. Es sollen vorzugsweise in Holzbauart klimagerecht Werkwohnungen und sozialer Wohnraum auch auf dem Gelände des ehemaligen Stadtbüros entstehen.

Tanja Bauder-Wöhr

Kommunalwahlen 2026 - Die Marburger Linke fordert unter anderem:

Wohnen ist ein Menschenrecht

Wir kämpfen für bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum durch Mietpreissbremsen, die Stärkung der GeWoBau und die Nutzung von Leerstand. Schluss mit Bodenspekulation!

Mobilitätswende jetzt

Wir setzen uns für einen Marburger Flatrate-ÖPNV, den Ausbau des Radwegenetzes und einer Taktverdichtung im Busverkehr ein. Verkehrsknotenpunkte zwischen der Stadt Marburg und dem Kreis, müssen sinnvoll aufeinander abgestimmt werden.

Für eine staufreie und klimafreundliche Stadt!

Ausgefragt

Im Gespräch mit Anja Kerstin Meier-Lercher



Anja Kerstin Meier-Lercher kandidiert bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung auf Platz 3, für die Kreistagswahlen auf Platz 1.

Was motiviert dich hauptsächlich, kommunalpolitisch aktiv zu sein? Nicht erst seit der Geburt meiner sechs Kinder frage ich mich: In welcher Welt wollen wir leben und was kann ich tun, um diese Welt zu verbessern? Kommunalpolitik zu machen, das Zusammenleben vor Ort zu gestalten, ist eine großartige Sache, auch wenn der Handlungsspielraum im Landkreis manchmal klein erscheint. Ob als Mutter, Lehrerin an der staatlichen Schule der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Bürgerin oder Kommunalpolitikerin: Ich habe das Gefühl, dass die Politik in Berlin am wirklichen Leben vorbeigeht! Daher möchte ich mich im Gestaltungsraum meiner Möglichkeiten für Verbesserungen einsetzen. Der Landkreis braucht Menschen, die das echte Leben kennen! Menschen, die aus erster Hand wissen, wo Familien mit Kindern, Alleinerziehenden, Arbeitern, Landwirten, Transferleistungsbeziehern, Auszubildenden, Angestellten und Rentnern der Schuh drückt. Ich möchte mit linker Analyse, Pragmatismus, Klarheit und Entscheidungsfreude der reinen Sparpolitik, die auf dem Rücken der überwiegenden Bewohner des Kreises ausgetragen wird, entgegentreten.

Worauf kommt es deines Erachtens in den nächsten Jahren an? Seit geraumer Zeit erstarken die Mächte der Überwachung, Entmündigung, Vereinzelung. Jeder Mensch soll auf knappe Ressourcen und steigende Preise eingestellt werden. Angst um die eigene Existenz wird zum Alltagserleben. Wer nicht produktiv genug ist, erfährt Schuldzuweisung und Diskriminierung, wird in seiner menschlichen Existenz entwertet. Die Schwächsten der Gesellschaft werden gegeneinander aufgehetzt und als Ursache der Probleme, einer in fast allen wichtigen Zusammenhängen strauchelnden Gesellschaft, gebrandmarkt. Eine ebenso perfide, wie wirksame Schuldumkehr. Die Menschen werden auf ein „Wir“ gegen „Rechts“ eingeschworen und der vorgetäuschte Zusammenhalt kommt als wirkungsvolle Problemlösung daher. Das ist keine Lösung, sondern ein wirkmächtiger Teil des Problems. Wir müssen uns dieser Ablenkung und Demagogie von „oben“ widersetzen. Die Demokratie ist von innen durch die herrschenden Gesellschaftsschichten, in-

zwischen nicht nur bedroht, sondern an entscheidenden Stellen bereits abgeschafft und durch brutalste autokratische Mechanismen ersetzt. Die Rechtsstaatlichkeit weicht einer gelenkten Meinungs- und Gesinnungsdiktatur. Unsere modernen Gesellschaften sind im Verfall begriffen. Die Errungenschaften der Aufklärung werden eliminiert. Es ist höchste Zeit aufzustehen, uns bleibt keine Zeit zu zögern, sonst sind wir alle verloren.

Auf welche Kernthemen wirst du dich konzentrieren? Die Schaffung bezahlbaren, barrierefreien Wohnraums unter der Verantwortung und der Regie des Landkreises (Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft). Der Kreis muss ebenso eine führende Rolle beim Ausbau und perspektivisch kostenfreiem ÖPNV einnehmen. Die Gesundheitsversorgung im Kreisgebiet, Stichwort Medizinische Versorgungszentren, muss ausgebaut und gesichert werden. Die Hinterland-Klinik in Biedenkopf ist ein wichtiger Eckpfeiler der medizinischen Versorgung der Bevölkerung und ist entsprechend zu fördern. Schulstandorte müssen erhalten und ertüchtigt werden. Sogenannte „Zwergschulen“ sind fortzuführen. Die seit Jahren notwendige Tierheim- und Wildtierauffangstation-Neubauten müssen umgehend erfolgen. Basis für das Gelingen jedes politischen Projektes ist die Abkehr von der inzwischen vorherrschenden Konfrontations- und Kriegsrhetorik. Diese vergiftet die Herzen und den Verstand der Menschen und kennt nur das Steuerungselement der Angst. Eine Gesellschaft, welche permanent an der qualitativen Förderung und Bildung ihrer Kinder arbeiten möchte und das zum gemeinsamen Leitbild erklärt, führt sich selbst ad absurdum, wenn sie auf höchster staatlicher Ebene, nur Konfrontation und Krieg als Interaktionsrahmen mit der Außenwelt vorgibt und umsetzt.

Neue Ausgabe

Venezuela-Soli-Demo in Marburg am 7. Januar

Mehrere Aktionsbündnisse in Hessen, auch eines in Marburg haben schnell auf die völkerrechtswidrige US-Aggression gegen Venezuela reagiert; in Marburg gingen zweihundert Demonstrierende auf die Straße. In den Demo-Aufrufen wurde unter anderem der Aggressor und die möglichen verheerenden Folgen klar benannt:

"Der Überfall der USA auf Venezuela in der Nacht des 3. Januars stellt einen Bruch mit dem Völkerrecht sondergleichen dar. Die unprovokierte Bombardierung von Caracas und die Entführung des Präsidenten Nicolás Maduro und seiner Frau sind die Beerdigung einer friedlichen internationalen Ordnung. Die Trump-Regierung hat kein Recht Weltpolizei zu spielen. Die Angriffe gegen Fischerboote in den letzten Monaten, die einseitige Sperrung von venezolanischem Luftraum durch die USA und nicht zuletzt der Überfall vom 3. Januar sind ein Agieren im Geiste des Imperialismus des 19. Jahrhunderts und der Monroe-Doktrin, die die Völker Lateinamerikas zu Untertanen der Vereinigten Staaten machte. Dem gilt es sich entschieden entgegenzustellen! Die Interventionen und Kriege der USA in Libyen, dem Irak oder Syrien, in Chile 1973, Nicaragua ab 1979 und Guatemala 1953 oder in Vietnam und Palästina sind mahnende Beispiele für die humanitären Katastrophen, die diese Politik hinterlässt. Die Drohungen gegen Mexiko, Kolumbien, Kuba und sogar gegen Grönland lassen Böses ahnen und zeigen, dass der Wild-West-Imperialismus droht, die ganze Welt in einen Krieg zu stürzen. Die Trump-Regierung spricht nicht über den Klimawandel, Demokratie, Menschenrechte und soziale Ungleichheit, sondern kennt nur die Sprache der Drohungen. Die Administration, die jeden denkbaren Weg sucht, um Migranten aus Lateinamerika das Leben in den USA schwer zu machen, interessiert sich nicht für Venezuela und seine Menschen, sondern schert sich allein ums Öl und andere wertvolle Ressourcen ... Gerade die Bundesrepublik Deutschland hat durch ihre Geschichte von Faschismus und Krieg eine besondere Verantwortung in der Welt. Krieg darf kein Mittel der Politik sein und die Völker des globalen Südens haben ein Recht dazu, ihren Weg selbst zu bestimmen..." Wir müssen weiter wachsam bleiben!

Veranstaltungsreihe der Marburger DKP zur Geschichte der linkssozialistischen Opposition in Marburg mit Georg Fülberth



Zum ersten Vortrag am 21. Januar, der den Zeitraum 1945-1966 in den Fokus nahm, waren 70 kommunalpolitisch Interessierte gekommen.

Spannend geht es am Mittwoch, 18. Februar 2026, um 19:00 Uhr im Schwanhof 27-31 weiter: Von der APD zur ASO und zur DKP: Sozialistische Opposition in Marburg 1966-1993. Wie war es möglich, dass 1972 die DKP zwei Sitze in der Stadtverordnetenversammlung erringen konnte? Welche politischen Entwicklungen waren dafür maßgebend? 1993 kandidierte die DKP nicht mehr zur Stadtverordnetenversammlung. Sie lud alle Menschen links von SPD und Realo-Grünen zu neuer Zusammenarbeit über bisherige Grenzen hinweg ein. Dementsprechend folgerichtig endet die Veranstaltungsreihe am 4. März mit Neuanfänge und Fortsetzungen: Linke Opposition in Marburg 1993 - 2026.

1993 hatte die DKP mitgeteilt, dass sie zur anstehenden Kommunalwahl nicht mehr antreten werde. Sie lud alle Menschen links von SPD und Realo-Grün ein, sich zu einer gemeinsamen Kandidatur zusammenzufinden. Die taten darauf das Dummste, was sie machen konnten: Sie zerstritten sich und stellten zwei miteinander konkurrierende Wahlvorschläge auf. Eine „Grün-Alternative Liste“ (GAL) bekam 4,9 Prozent der Stimmen, eine „Marburger Linke“ 3,4. Jede von ihnen blieb unter fünf Prozent. 1994 wurde die PDS in Marburg mit einer Direktkandidatur für den Bundestag sichtbar. Zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung 1997 trat sie nicht allein an, sondern in einem Bündnis mit dem Namen „PDS/Marburger Linke“ (PDS/ML). Dieses übersprang die Sperr-Hürde. Das war - wie einst 1972 mit der DKP - damals noch ein bundesweiter Sonderfall. Als 2006 die „Wahlalternative Soziale Ge-

rechtigkeit“ (WASG) dazukam, entstand ein neues Bündnis, jetzt mit verändertem Namen: „Marburger Linke“. Einigkeit machte stark. 2024 traten drei Mitglieder der Partei „Die Linke“ aus der siebenköpfigen Fraktion der „Marburger Linken“ aus und bildeten eine eigene. Ein Fehler aus der Vergangenheit wiederholte sich. 2026 kandidieren somit zwei linke Listen nebeneinander - hoffentlich nicht im Zoff, sondern inhaltlich gemeinsam gegen Sozialabbau, faschistische Gefahr sowie Kriegstüchtigkeit, und für - bezahlbaren Wohnraum für alle, zu finanzieren durch - Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 460 Punkte. Ebenso wichtig: - eine autofreie Innenstadt, - eine friedensaktive Region ohne Werbung für die Bundeswehr im öffentlichen Raum, - weniger AfD durch mehr soziale Gerechtigkeit! Darüber wird man sich bitte schnellstmöglich nach dem 15. März doch einigen können. Oder?

Impressum

Homepage:
marburg.dkp.de

Facebook:
facebook.com/dkp.marburg

Instagram:
instagram.com/dkpmarburg

Youtube:
https://www.youtube.com/@DKP-Marburg